

BAV-Festakt
Verleihung des Max-Friedlaender-Preises 2006
an
Herrn Bundespräsidenten a.D.
Professor Dr. Roman Herzog

Sehr geehrter Bundespräsident,

der Bayerische Anwaltverband verleiht den Max-Friedlaender-Preis jährlich an verdiente Persönlichkeiten, die einen Bezug zur Juristerei und zu Bayern haben.

Alle Kriterien erfüllen Sie in herausragendem Maße.

Sie sind in Landshut geboren, haben an der Ludwig-Maximilian-Universität München Jura studiert, dort bei Professor Maunz promoviert und habilitiert.

Sie waren Mitherausgeber des Grundgesetzkommentars Maunz-Dürig-Herzog und Privatdozent an der Universität München.

Diesen starken bayerischen Wurzeln konnte Ihre Berufung an die Freie Universität Berlin als Professor für Staatsrecht und Politik und Dekan und Prodekan der juristischen Fakultät nichts anhaben.

Eine Herausforderung war es allemal, die auch prägende Eindrücke hinterlassen haben dürfte, ausgerechnet in den 68ern an der FU Berlin zu lehren.

Sie waren anschließend Professor und später Rektor der Verwaltungshochschule Speyer, Staatssekretär in Rheinland-Pfalz,

Kultusminister und später Innenminister des Landes Baden-Württemberg, bis Sie 1983

Vorsitzender des 1. Senats und Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und 1987 dessen Präsident wurden.

Als Verfassungsgerichtspräsident waren Sie verantwortlich für eine Anzahl grundlegender staatspolitischer Urteile unter anderem um die polnische Westgrenze,

um eine Totalrevision des Grundgesetzes im Zusammenhang mit der deutschen Einheit sowie um die Änderung des Asyl- und Einwanderungsrechts.

Schon damals nannten Sie eine Einbürgerung nicht Mittel der Integration, sondern Konsequenz einer gelungenen Integration, ein vorausschauender Aspekt einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, die bis heute nicht beendet ist.

1993 forderten Sie eine Generalüberholung des Grundgesetzes mit mehr Kompetenzen für die Länder, den Umbau der Finanzverfassung und die Aufnahme von Volksabstimmungen in das Grundgesetz. Auf Letzteres warten wir heute noch, hinsichtlich Ihrer ersten beiden Forderungen hätte man zehn Jahre eher auf Sie hören sollen, es hätte dem Ansehen und der Effektivität der Politik genützt.

Die zunehmenden Normenkontrollverfahren nahmen Sie zum Anlass Ihrer Kritik, wonach die Politik immer mehr in Karlsruhe statt in Bonn gemacht werde.

Sie setzten sich auch für eine neue Rentenregelung ein, die die Altersversorgung der Trümmerfrauen und Mütter verbesserte.

Es war eine große Zeit des Bundesverfassungsgerichts, als Sie dort tätig waren.

1994 wurden Sie zum siebten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Im August reisten Sie zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes nach Polen und hielten dort Ihre Rede mit der Bitte um Vergebung am Mahnmal des Warschauer Aufstandes.

1995 sprachen Sie sich vor dem Europäischen Parlament für die europäische Währungsunion aus und bezogen Stellung gegen deutsche Ansprüche auf ehemalige deutsche Ostgebiete. Sie forderten die Vertriebenen auf, das vereinigte Deutschland als Heimat zu betrachten und haben maßgeblich für eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Tschechien gewirkt. Mit Ihrer Haltung wurden Sie Motor und Garant einer Integration zwischen West und Ost und eine der beliebtesten politischen Persönlichkeiten.

Wer den Namen Herzog hört und sonst nichts von Ihnen wüsste, weiß auf jeden Fall eines, die berühmte Ruck-Rede von 1997, Ihren Vortrag

"Aufbruch ins 21. Jahrhundert" im Hotel Adlon in Berlin.

Sie haben mit dieser Rede Geschichte geschrieben und Visionen beschrieben und wer heute in Google den Suchbegriff "Ruck-Rede" eingibt, erhält 35 Ergebnisseiten an Treffern.

Ich möchte mich Ihrem Vortrag noch näher widmen, wende mich zunächst aber Ihrer Rede auf dem Berliner Bildungsforum 1997 zu.

Sie haben dort ausgeführt, dass die Debatte über die Reform unseres Bildungswesens in vollem Gang sei. Das ist sie heute noch. Wissen ist heute die wichtigste Ressource in unserem rohstoffarmen Land, haben Sie erklärt und dass es ein Irrglaube sei, anzunehmen, ein Bildungssystem komme ohne Vermittlung von Werten aus. Deshalb gehöre zum Beispiel der Religionsunterricht in die Schule und dürfe nicht in die Pfarrsäule verdrängt werden und ich erlaube mir, zu ergänzen auch nicht in die Moscheen.

Sie haben darauf hingewiesen, dass die Schule nicht der Reparaturbetrieb für alle Defizite der Gesellschaft sein könne, und dass das beste Bildungsangebot nicht vom Staat kommen müsse. Sie haben eine offene Welt mit großer Komplexität und neuer Freiheit gezeichnet, die aber auch größere Verantwortung für den einzelnen mit sich bringe und Tugenden wie Verlässlichkeit, Pünktlichkeit und Disziplin, vor allem aber dem Respekt vor dem Nächsten und die Fähigkeit zur menschlichen Zuwendung eingefordert.

"Freiheit ohne Ziele ist Orientierungslosigkeit und Individualismus ohne Solidarität kann kein Gemeinwesen begründen", haben Sie gesagt, aber auch angemerkt, dass wir uns es nicht mehr leisten können, jährlich tausende von hoch intelligenten Menschen am Arbeitsmarkt vorbei auszubilden und dabei die Frage gestellt, die ich mir jetzt natürlich heraus picke, ob es tatsächlich sein muss, dass jeder ausgebildete Jurist heute noch die Fähigkeit zum Richteramt nachweisen muss. Einen modularen Studienaufbau haben Sie gefordert, und dass dem Studenten nicht am Ende eines Studiums das gesamte Wissen in einer gigantischen Prüfungsorgie auf einmal abverlangt werden soll.

Nur der öffentliche Dienst leistet sich noch die Fiktion der Gleichwertigkeit aller Studienabschlüsse eines Faches, aber der öffentliche Dienst ist nicht mehr der Maßstab, zumal die Zeiten hoher Einstellungsraten vorbei sind.

Auch das waren Ihre Worte und sie schließen inhaltlich mit der Aufforderung, endlich aufzuhören, Angst vor der Freiheit zu haben, die wir uns selber geben können.

Es ist beschämend, dass Ihre Worte nach fast 10 Jahren noch die gleiche Brisanz und Geltung haben, wie 1997.

Das gilt leider auch für Ihre "Ruck-Rede".

Ich habe sie mehrfach gelesen.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,
gestatten Sie mir, Ihnen einige Gedanken aus dieser Rede in Erinnerung zu rufen.**

In Deutschland gab es damals 4,3 Millionen Arbeitslose, es wurde noch davon gesprochen, dass die Rente sicher sei, doch in der Rede des Bundespräsidenten ist von einer Erosion der Sozialversicherung die Rede.

Deutschland stand noch vor dem größten Boom auf dem Aktienmarkt, und doch haben Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, eine unglaubliche mentale Depression in der Gesellschaft konstatiert, zurückzuführen auf einen erstickenden Wust von wohlmeinenden Vorschriften, auf eine Verunsicherung der Menschen und des Pessimismus als allgemeines Lebensgefühl.

Sie haben auf die Probleme im Bereich von Steuern, Renten, Gesundheit und Bildung hingewiesen und die Verhinderung der großen Reformen durch Interessengruppen und Bedenkenträger.

Ihr Kassandraruuf war:

"Wer die großen Reformen verschiebt oder verhindern will, muss aber wissen, dass unser Volk insgesamt dafür einen hohen Preis zahlen wird."

Sie fuhren fort:

"Ich warne alle, die es angeht, eine dieser Reformen aus wahltaktischen Gründen zu verzögern oder gar scheitern zu lassen. Den Preis dafür zahlen vor allem die Arbeitslosen."

Fürwahr.

Auch auf die Überforderung des Staates sind Sie eingegangen und haben gemeint,

die Bürger überfordern den Staat, der Staat seinerseits überfordere die Bürger, weil die Erwartungen an den Staat umso höher werden, je höher die Steuerlast wird.

Ihre gestellte Frage, ob unsere Eliten über die dogmatischen Schützengräben hinweg überhaupt noch Entscheidungen treffen können, dürfen wir heute, nach fast 10 Jahren, getrost mit Nein beantworten.

Und dann haben Sie Forderungen aufgestellt, die mich an die Rede von Martin Luther King erinnerten,

- Eine Gesellschaft, in der Freiheit der zentrale Wert ist und in welcher Arbeit nicht nur dem Lebensunterhalt dient, sondern auch Freude macht und Stolz vermittelt.

Sie haben Recht, aber dazu muss man erstmal Arbeit haben.

- Eine Gesellschaft der Solidarität haben Sie sich gewünscht, eine Informations- und Wissensgesellschaft, eingebunden in Europa, die sich ihrer internationalen Verantwortung bewusst ist.

- Sie haben aufgerufen zur inneren Erneuerung mit einer Lohnpolitik, die Arbeitsplätze schafft,

- zur Kürzung von Subventionen und zur Bestrafung der Verschwendung öffentlicher Haushaltsmittel.

- Sie haben die Krankenversicherung angesprochen und erklärt, zur Steuerreform falle Ihnen nach der Entwicklung der letzten Tage überhaupt nichts mehr ein.

Der Bundesregierung ist es offenbar mit der Reform der Krankenversicherung so gegangen.

Durch Deutschland muss ein Ruck gehen, haben Sie gefordert, alle müssen Opfer bringen, alle müssen mitmachen

- die Arbeitgeber, indem sie Kosten nicht durch Entlassungen senken,**
- die Arbeitnehmer, indem sie Arbeitszeit und -löhne mit der Lage ihrer Betriebe in Einklang bringen**
- die Gewerkschaften mit Tarifabschlüssen und**
- Bundestag und Bundesrat, indem sie die großen Reformprojekte jetzt rasch voranbringen.**

1997 war das,

doch wir kamen von einer Politik des Aussitzens über die Politik der ruhigen Hand zur Politik der kleinen Schritte.

Auch wir selbst haben Schuld, denn wir sind Ihrem Aufruf an die Jugend, "wenn Ihr schon dem System nicht mehr traut, dann traut Euch doch wenigstens selbst etwas zu", nicht gefolgt.

Selbst Ihr Nachfolger, Bundespräsident Köhler, hat anscheinend resigniert, als er in seiner Antrittsrede am 23.05.2004 auf Sie Bezug nahm und die Frage stellte,

"Warum bekommen wir den Ruck noch immer nicht hin?"

Weil wir alle noch immer darauf warten, dass er passiert!"

Es ist richtig.

Wir haben uns daran gewöhnt, an einen Full-Service-Staat.

Uns wurde Jahr für Jahr ein Stück Verantwortung abgenommen und wir haben sie gerne abgegeben.

Dass wir parallel dazu Stück für Stück unsere Freiheit aufgegeben haben, ist nur Wenigen bewußt geworden.

Die aber, die es sich bequem gemacht haben in der abgenommenen Verantwortung, in der Verantwortungslosigkeit, wollen alimentiert werden. Der Staat ist zur Verteilungsmaschine geworden und als

Maxime des Verteilungsmaßstabes wurde der Gleichbehandlungsgrundsatz eingeführt.

Nicht jedem das Seine wurde zur Devise, sondern jedem das Gleiche. Gleichheit kann ich aber nur durch Zwang herstellen. Ich muss dem Bessergestellten etwas wegnehmen, um die Schlechtergestellten versorgen zu können, ich muss umverteilen von Oben nach Unten, von West nach Ost, von Nord nach Süd, Verantwortung abgeben an die EU und von dort kommen neue Regeln und Vorschriften, weil wir hier bei uns noch nicht genügend haben.

Ein Land verschuldet sich Jahr für Jahr mehr und ruft nach dem Bund, um schließlich zum Bundesverfassungsgericht zu ziehen; kein Wunder, wenn die Bürger genauso handeln. Jeder 10. Erwachsene in der Bundesrepublik ist überschuldet, war die Meldung der letzten Woche und ein Gutteil davon sind Wohlstandsschulden. Man will sich ja schließlich das Gleiche leisten, wie der Nachbar oder Kollege, das steht einem schließlich ja zu, nur das ist gerecht und die Crux ist, dass man Gleichheit mit Gerechtigkeit verwechselt. Und die Politik macht mit. Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit wurde erfunden und unter diesem Deckmantel die Gleichmacherei vorangetrieben.

"Sozial ist was Arbeit schafft" war ein Wahlslogan bei der letzten Bundestagswahl.

Das kann man doch unterschreiben.

Man kann es aber auch pervertieren und sich erinnert fühlen an die Aufschrift über den Konzentrationslagern, "Arbeit macht frei"

Soweit sind manche in ihrem Versorgungsdenken gekommen.

Dass mit einer solchen Einstellung jeglicher Gedanke an Freiheit, an Selbstverantwortung und an Aufbruch erstickt wird, liegt auf der Hand.

Aber auch am staatlichen Dirigismus kann die Freiheit ersticken. Natürlich soll der Staat sparen. Aber man muss mit den Menschen reden, in den Behörden und Ämtern, wo gespart werden soll, denn die wissen es am besten und nicht die Politiker.

Und natürlich kann man Strukturen ändern. Und auch da ist es am besten, wenn man mit den Menschen redet, die davon betroffen sind, weil sie durch ihr Betroffensein am meisten von den Auswirkungen wissen.

So kann man die Menschen in die Freiheit entlassen und Ihnen die Möglichkeit geben, ihr Glück selbst in die Hand zu nehmen und ihr Leben selbst zu gestalten.

So habe ich Ihr Anliegen und Ihre Forderungen verstanden.

Und so freue ich mich ihr, sehr geehrter Herr Bundespräsident, Ihnen im Namen des Bayerischen Anwaltverbandes den Max-Friedlaender-Preis verleihen zu dürfen, für

Ihr Beispiel gebendes Eintreten für Aussöhnung zwischen den Völkern,

für die Integration und

für geistig-politischen Neubeginn.